

Wochenspiegel

Darüber diskutiert Frankreich

20. – 26. September 2025

Am 22. September 2025 hat Frankreichs Präsident Emmanuel Macron vor der UN-Vollversammlung in New York die offizielle Anerkennung des Staates Palästina erklärt. „In Treue zum historischen Engagement meines Landes im Nahen Osten für den Frieden zwischen dem israelischen und dem palästinensischen Volk erkläre ich, dass Frankreich heute den Staat Palästina anerkennt“, sagte Emmanuel Macron. Er bezeichnete die Anerkennung als Voraussetzung für Frieden im Nahen Osten und als Zeichen, dass das palästinensische Volk „kein Volk zu viel“ sei. Er verurteilte sowohl den Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober als auch die massive militärische Reaktion Israels im Gazastreifen. Frankreich wollte sich an einer internationalen Stabilisierungstruppe beteiligen und unterstützte eine Übergangsverwaltung in Gaza unter Führung der Palästinensischen Autonomiebehörde – jedoch ohne die Hamas. Macron kündigte an, eine Botschaft in Palästina zu eröffnen, sobald ein Waffenstillstand herrscht und alle Geiseln freigelassen wurden. Er wandte sich in seiner Rede auch an die israelische Regierung und betonte, dass eine Zwei-Staaten-Lösung nur möglich sei, wenn sich Israel aktiv daran beteiligt. Macron zeigte Verständnis für die Ängste, Trauer und Erschöpfung des israelischen Volkes, äußerte jedoch die Hoffnung, dass die israelischen Behörden den Weg zum Frieden mittragen.

Der neue französische Premierminister Sébastien Lecornu sucht bei der Haushaltssfindung 2026 den Dialog mit den Sozialpartnern. Nach dem Treffen mit den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden am 24. September kündigte Premierminister Sébastien Lecornu an, sie in den kommenden Tagen erneut zu Gesprächen einzuladen, um genauer über das Budget und das Gesamtprojekt zu sprechen. Die acht anwesenden Gewerkschaften verließen das Treffen jedoch „verärgert“, da sie ihre konkreten Forderungen nicht beantwortet sahen. In Reaktion darauf haben sie für den 2. Oktober eine neue Protestaktion angekündigt. Lecornu plant hingegen, den Sozialpartnern bald ein Schreiben zu schicken, in dem er sie um Stellungnahmen zu fünf zentralen Themen bittet: die Finanzierung der Sozialversicherung, die Reindustrialisierung und wirtschaftliche Souveränität, die Arbeitsbedingungen und Lebensqualität am Arbeitsplatz, die Stärkung der paritätischen Gremien sowie die Modernisierung des Arbeitsmarktes. Der Premierminister betont sein starkes Engagement für den sozialen Dialog und weist darauf hin, dass er die Sozialpartner bereits zweimal vor der Regierungsbildung getroffen hat – ein Vorgehen, das es so in der jüngeren Geschichte Frankreichs noch nicht gegeben hat.

Der Präsident des einflussreichsten französischen Arbeitgeberverbands *Medef*, Patrick Martin, hat für den 13. Oktober ein großes Treffen zahlreicher Unternehmerorganisationen angekündigt. Ziel ist es, den öffentlichen Diskurs über wirtschaftliche und fiskalische Themen, insbesondere gegen sogenannte „gefährliche Theorien“ wie die Zucman-Steuer, die die Besteuerung von Reichen vorsieht, auszugleichen. Allerdings lehnt die U2P, die Handwerker, Einzelhändler und Freiberufler vertritt, eine Teilnahme ab und kritisiert, dass sie vor der Ankündigung nicht konsultiert wurde. Ihr Präsident Michel Picon betont die Notwendigkeit eines ausgewogenen und versöhnlichen Ansatzes und fordert, dass alle ihren gerechten Beitrag leisten – auch durch Abschaffung von Steuervergünstigungen für Wohlhabende. Der *Medef* verteidigt das Treffen als notwendige Reaktion auf einseitige Debatten und will mit einem alarmierenden, aber konstruktiven Diskurs zur wirtschaftlichen Dynamik in Frankreich beitragen. Die Linke kritisiert das Treffen scharf und sieht darin vor allem eine Vertretung der Interessen von Millionären statt der breiten Unternehmenslandschaft.

Der ehemalige Premierminister und heutige Partei- und Fraktionsvorsitzende der Macron-Partei Renaissance, Gabriel Attal, hat am 21. September beim Parteitag in Arras seinen politischen Fahrplan für die Zeit nach Emmanuel Macron vorgestellt. Vor mehreren tausend Anhängern skizzierte er seine Vision einer „neuen Republik“ und rief zur Erneuerung der Partei auf. Dabei distanzierte er sich teilweise vom Kurs des amtierenden Präsidenten und kritisierte offen dessen Entscheidung zur Auflösung der Nationalversammlung im Juni 2024, die er als Ursprung der aktuellen politischen Instabilität bezeichnete. Attal präsentierte konkrete Reformvorschläge, darunter u.a. regelmäßige

Referenden, den Abbau von Verwaltungsebenen, ein Rentensystem ohne festes Eintrittsalter, ein Punktesystem für Migration. Trotz lobender Worte für Macrons Leistungen betonte Attal die Notwendigkeit eines tiefgreifenden Wandels und forderte, den Mythos des „Mannes des Volkes“ hinter sich zu lassen und Macht künftig stärker zu teilen. Während junge Parteimitglieder begeistert reagierten und „Attal président!“ skandierten, blieb die Unterstützung aus den eigenen Reihen verhalten. Zahlreiche prominente Parteimitglieder und Minister, darunter Elisabeth Borne, Benjamin Haddad, Eric Lombard, Aurore Bergé und Clara Chappaz, die am Vormittag noch anwesend waren, fehlten bei der Abschlussrede Attals und hinterließen leere Stühle in den vorderen Reihen. Justizminister Gérald Darmanin zeigte sich in seiner Rede skeptisch und warnte davor, den Wahlkampf zu früh zu starten.

Frankreichs Präsident Emmanuel Macron hat Dänemark volle Solidarität zugesichert, nachdem in der Nacht von Donnerstag auf Freitag der Luftraum über dem Flughafen Aalborg (Norddänemark) wegen Drohensichtungen **kurzfristig gesperrt wurde**. Macron erklärte auf X, er habe mit der dänischen Premierministerin Mette Frederiksen gesprochen und Frankreich sei bereit, „zur Sicherung des dänischen Luftraums beizutragen“. Bereits seit Montag häufen sich ähnliche Vorfälle im dänischen Luftraum. Die dänischen Behörden haben die Herkunft der Drohnen bislang nicht identifiziert, Frederiksen sprach jedoch von „hybriden Angriffen“ und verwies auf Russland als Hauptbedrohung. Die wiederholten Ereignisse fallen in eine Phase angespannter Sicherheitslage in Europa: Mitte September wurden Drohnenüberflüge in Polen und Rumänien sowie russische Kampfflugzeuge im estnischen Luftraum registriert. Macron hält es für plausibel, dass russische Drohnen eines Tages auch den französischen Luftraum verletzen könnten, und betont die Notwendigkeit, die europäische Sicherheit gemeinsam zu verteidigen. Experten sehen Frankreich in der Lage, Drohnen zu stören oder abzuschießen, weisen jedoch auf technische Grenzen bei Erkennung und Abfangung hin.

PARLAMENT, PARTEIEN & PERSONEN



Am 25. September 2025 wurde der **ehemalige Staatspräsident Nicolas Sarkozy** vom Pariser Strafgericht zu fünf Jahren Haft verurteilt – wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung im Zusammenhang mit dem Verdacht auf illegale libysche Finanzierung seiner Präsidentschaftskampagne im Jahr 2007. Am 13. Oktober wird darüber entschieden wann Sarkozy seine Haft antreten muss. Das Gericht sprach Sarkozy hingegen von den Vorwürfen der passiven Korruption, der Veruntreuung öffentlicher libyscher Gelder sowie der illegalen Wahlkampffinanzierung frei. Die Richter sahen es als erwiesen an, dass Sarkozy die Aktivitäten seiner engen Vertrauten, die in seinem Namen libysche Behörden um finanzielle Unterstützung bat, zumindest geduldet habe. Nicolas Sarkozy selbst hat ein Urteil von „äußerster Schwere für den Rechtsstaat verurteilt“. Er betonte seine Unschuld, sprach von Hass und Ungerechtigkeit und sagte die wahre Demütigung treffe nicht ihn, sondern Frankreich. Diese erste Gefängnisstrafe eines ehemaligen Staatspräsidenten sorgt für weitere hitzige Debatten im ohnehin sehr polarisierten Frankreich.

DIE ZAHL DER WOCHE

3.416 Milliarden

3	8	7
0	2	5
5	3	2
7	9	6
9	2	1

Laut einer veröffentlichten Studie des Statistikamts Insee ist die **Staatsverschuldung Frankreichs** im zweiten Quartal 2025 um 70,9 Milliarden Euro gestiegen. Damit erreicht die Gesamtverschuldung des Landes den Rekordwert von **3.416 Milliarden** Euro, was 115,6 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) entspricht. Gleichzeitig muss Frankreich kontinuierlich neue Schulden aufnehmen, um die Zinszahlungen für bestehende Verbindlichkeiten zu leisten. Da die Zinssätze – derzeit bei etwa 3,6 % – weiter ansteigen, erhöhen sich auch die Kosten für den Schuldendienst erheblich. Im Jahr 2024 beliefen sich die Zinszahlungen auf 60 Milliarden Euro, für 2025 werden sie voraussichtlich auf 67 Milliarden steigen. Für 2026 rechnet man bereits mit 75 Milliarden Euro, und im Jahr 2027 könnten die Ausgaben sogar 85 Milliarden Euro erreichen.